



Mitteilung

Berlin, den 12. März 2019

**Die 19. Sitzung des Ausschusses für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und Kommunen
findet statt am
Mittwoch, dem 20. März 2019, 10:30 Uhr
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin
Sitzungssaal: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus 3.101**

Sekretariat
Telefon: 030 227-39414
Fax: 030 227-36123

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31483/7
Fax: +49 30 227-30487

**Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!
Abweichender Sitzungsort!**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum

- a) Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen,
Zwangsräumungen verhindern**

BT-Drucksache 19/7459

und zum

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Christian Kühn (Tübingen), Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Menschenrecht auf Wohnen dauerhaft sicherstellen
– Wohnungs- und Obdachlosigkeit konsequent
bekämpfen**

BT-Drucksache 19/7734

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales



Interessierte Besucherinnen und Besucher werden gebeten, sich unter Angabe von **Name, Vorname sowie Geburtsdatum** bis zum Vortag der Sitzung, 12 Uhr, unter der E-Mailadresse bauausschuss@bundestag.de anzumelden. Weitere Informationen zur Öffentlichen Anhörung werden kurzfristig im Internet unter www.bundestag.de/bau veröffentlicht.

Mechthild Heil, MdB
Vorsitzende

Hinweis zum Umgang mit personenbezogenen Daten

Die Polizei beim Deutschen Bundestag führt für Besucher und Gäste, die aufgrund einer Anmeldung Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, auf Grundlage des § 2 Absatz 6c der Hausordnung des Deutschen Bundestages eine Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Informationssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die bei der Anmeldung übermittelten personenbezogenen Daten (Name, Vorname und Geburtsdatum) werden nach Beendigung des Besuches gelöscht beziehungsweise vernichtet.